

Mit Nein antworten:

Abg. Ablemann.  
• Adler.  
• Heinrich (Borna).  
• Israel.

Abg. Dr. Leistner.  
• Möschler.  
• Dr. Meynsch.  
• Starke.

Die von mir gestellte Frage ist mit 65 Stimmen bejaht und mit 8 Stimmen verneint worden.

„Will die Kammer diese Gesetzesvorlage nunmehr an die Erste Kammer gelangen lassen?“

Einstimmig.

Wir gehen zum zweiten Gegenstand über, zu dem Bericht der ersten Deputation der Zweiten Kammer über den Antrag des Herrn Abg. Petri, Beseitigung gewisser Bestimmungen aus dem Entwurfe eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund betreffend. — Herr Abg. Kretschmar wird uns Vortrag erstatten.

Der nicht zum Vortrag gelangte Bericht lautet:

Am 15. October dieses Jahres hat der Herr Abg. Petri den Antrag gestellt, die Zweite Kammer wolle beschließen:

im Vereine mit der Ersten Kammer oder nach Befinden auf Grund § 131 der Verfassungsurkunde allein bei der königl. Staatsregierung zu beantragen, es möge hochdieselbe im Bundesrathe, resp. bei den Beratungen im Reichstage sowohl, wie auch durch das in die Commission für Prüfung des Entwurfs eines Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund durch den Bundeskanzler einberufene Mitglied des Königreichs Sachsen mit allen Kräften dahin zu wirken suchen, daß

- a) die in §§ 67, 80 Abs. 1 und 185 des gedachten Entwurfs noch beibehaltene Todesstrafe in dem Gesetze selbst keine Aufnahme finde und
- b) in § 26 desselben Entwurfs die Worte: „sowie den Verlust des Adels“ beseitigt werden.

Bergl. Landt.-Mittheilungen II. R. Nr. 7 S. 75.

Dieser Antrag ist der ersten Deputation zur Berichterstattung überwiesen worden und die Deputation kommt dieser Aufgabe in Folgendem nach:

### I.

Der in den sächsischen Kammern seit dem Jahre 1837 angestrebte Grundsatz, die Todesstrafe sei aus der Reihe der Criminalstrafen zu streichen, hat bekanntlich gesetzliche Sanction erhalten.

Seit Publication des mit dem vorigen Landtage verabschiedeten revidirten Strafgesetzbuchs ist im Königreiche Sachsen, soweit sich der Bereich dieses Gesetzbuchs erstreckt, die Todesstrafe aufgehoben.

Anders verhält sich dies in dem in Bearbeitung begriffenen Entwurfe eines Strafgesetzbuchs für den norddeutschen Bund.

Nach diesem Entwurfe sollen mit dem Tode bedroht werden:

1. das Verbrechen des Mordes (§ 185 des Entwurfs),
2. derjenige Hochverrath, welcher darauf abzielt, den Landesherrn eines norddeutschen Staates zu tödten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern oder zur Regierung unfähig zu machen (schwerer Hochverrath, § 67 cit.),
3. Thätlichkeiten gegen die Person eines norddeutschen Landesherrn (§ 80 cit.).

Sieben andere Verbrechen, welche nach königlich preussischem Rechte bisher mit Todesstrafe belegt waren, werden durch den Entwurf aus der Reihe der todeswürdigen Verbrechen ausgeschlossen.

Die Motiven des Entwurfs rechtfertigen diese Vorschläge durch folgende Deduction:

Seit der Strafgesetzgebung Kaiser Karl's V. bis herab zu den Strafgesetzbüchern unserer Tage sei ein stetiger Fortschritt insofern zu erkennen, als keine namhafte Reform der Strafgesetzgebung in irgend einem Lande vor sich gegangen sei, ohne daß dabei der Kreis der todeswürdigen Verbrechen enger gezogen worden wäre.

Diesen Weg wolle auch der vorliegende Gesetzentwurf einschlagen.

Aber die Geschichte lehre, daß die unvermittelt und so zu sagen sprungweise erfolgte Aufhebung der Todesstrafe nirgends von nachhaltiger Dauer gewesen sei; vielmehr meistens zu einer rückläufigen Bewegung geführt habe, welche das Rechtsbewußtsein im Volke beirrt und damit die Strafrechtspflege jener Länder geschädigt habe.

Denn kein Gebiet vertrage es weniger, zum Versuchsfelde gesetzgeberischer Experimente gemacht zu werden, als das des Strafrechts, und am wenigsten vielleicht dürfte dies mit der höchsten darin vorkommenden Strafe — mit der Todesstrafe — geschehen.

Auf diesem Wege sei der Entwurf dahin gelangt, nicht die Aufhebung der Todesstrafe, wohl aber ihre Verminderung in Vorschlag zu bringen.

Es ist nicht die Absicht der Deputation, in eine Erörterung der für oder gegen die Todesstrafe an sich sprechenden Gründe einzutreten.

Für die Gegner der Todesstrafe werden die in früheren Kammerdebatten zum Ausdruck gelangten Gründe auch heute noch maßgebend sein. Sie werden in der Wiedereinführung der Todesstrafe einen bedauerlichen Rückschritt erkennen und im Interesse der Humanität sich verpflichtet fühlen, einem solchen Rückschritte mit allen zulässigen Mitteln entgegenzutreten.

Sie werden auch durch den Inhalt der Motiven des norddeutschen Strafgesetzbuchentwurfs schwerlich eines Andern überzeugt worden sein.

Denn diese Motiven, die ja doch die Aufhebung der Todesstrafe — gerade so, wie seiner Zeit die Aufhebung der Folter, der Schürfungen der Todesstrafe etc. — nur als eine Frage der Zeit ansehen, mögen ihren vollen Werth haben in Ländern, wo die Todesstrafe heutzutage noch für eine ganze Reihe von Verbrechen angedroht ist.

Es sind aber jene Motiven völlig überholt durch die Sachlage in denjenigen Ländern, wo, wie im